



Niederschrift

4. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin: Dienstag, 11.02.2020
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:15 Uhr
Ort, Raum: Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Marie Schäffer Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglieder

Herr Nico Marquardt	SPD	
Herr Leon Troche	SPD	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sascha Krämer	DIE LINKE	Teilnahme bis 20:52 Uhr
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	Teilnahme bis 20:52 Uhr
Herr Lars Eichert	CDU	
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Ambros Josef Tazreiter AfD Teilnahme bis 20:05 Uhr

sachkundige Einwohner

Frau Sylvia Frenzel	BürgerBündnis
Herr Robert Hirsch	CDU
Herr Frank Hübner	Die Andere
Frau Andrea Mirjam Ney	Freie Demokraten
Frau Dr. Sophia Rost	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Prof. Dr. Karin Schwarz	SPD

Beigeordnete

Herr Dieter Jetschmanegg Dezernent Geschäftsber. Zentr.Verwaltung

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Sebastian Olbrich AfD entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Schäffer, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.12.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Schäffer stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 anwesenden, stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der 2. Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung vom 10.12.2019 gibt es keine Hinweise, die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei 2 Enthaltungen bestätigt.

Frau Schäffer berichtet von 2 kurzfristig eingegangenen Schreiben des Stadtverordneten Menzel zu den Themen *Einwohnerversammlung Groß Glienicke* und zur *eingeschränkten Nutzbarkeit des Ratsinformationssystems*. Sie schlägt vor, darüber abzustimmen, ob diese Schreiben unter dem Tagesordnungspunkt Sonstiges beraten werden sollen. Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Abstimmung:

Beratung zum Thema: *Einwohnerversammlung Groß Glienicke*
mit Stimmenmehrheit bestätigt,
bei einer Stimmenthaltung.

Abstimmung:

Beratung zum Thema: *eingeschränkte Nutzbarkeit des Ratsinformationssystems*
mit Stimmenmehrheit abgelehnt,
bei 3 Stimmenthaltungen.

Darüber hinaus schlägt die Ausschussvorsitzende vor, den Tagesordnungspunkt 4.3 – *Selbstbindungsbeschluss Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) Soziale Stadt „Schlaatz_2030: Part 1: 2020-2025“* vorzuziehen. Dies soll Herrn Schwarz, Mitarbeiter des Bereiches Stadterneuerung die Gelegenheit geben, diese Vorlage auch im zeitgleich stattfindenden Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes vorzustellen.

Abstimmung:

Die Änderung in der Reihenfolge wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Enthaltung.

Die so geänderte Tagesordnung wird anschließend zur Abstimmung gestellt:

Abstimmung:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Enthaltung.

zu 3 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung

Herr Geisler vom MitMachen e.V. berichtet über eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Alexander Haus in Groß Glienicke.

Diese soll am 27.02.2020, in der Zeit von 19-21 Uhr in der Aula der Grundschule Hanna von Pestalozza in Groß Glienicke stattfinden.

Zur Entwicklung des Alexander-Haus-Geländes (Am Park 2) mit geplanten Neubauten hinter dem Potsdamer Tor hatte der Ortsbeirat einen Dialogprozess mit den Nachbarinnen und Nachbarn, dem Alexander-Haus e. V. und Mitgliedern einer lokalen Arbeitsgruppe angeregt.

Informiert werde u. a. über den Verlauf des bisherigen Dialoges, den weiteren Ablauf des formalen Planungsverfahrens und den aktuellen Stand der Aktivitäten des Alexander-Haus Vereins sowie den gegenwärtigen Planungen für die Bildungs- und Begegnungsstätte. Darüber hinaus gebe es die Gelegenheit für Nachfragen und für ein persönliches Gespräch.

zu 4 Überweisung aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Online-Bewerbungen

Vorlage: 19/SVV/1304

Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE
+ Ea Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.19

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Marquardt, bringt die Vorlage ein und erklärt, dass Bewerbungen derzeit nur in Papierform bei der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht werden können und bittet um Stellungnahme der Verwaltung dazu.

Herr Morgenstern-Jehia, Fachbereichsleiter E-Government, führt aus, dass datenschutzrechtliche Bestimmungen den Bewerbungseingang per Mail verhindern würden. E-Mails seien grundsätzlich nicht rechts-/fälschungssicher. Darüber hinaus wäre vorher eine datenschutzrechtliche Vereinbarung zur Weiterverarbeitung der Daten nötig.

Die Verwaltung habe ein europaweites Ausschreibungsverfahren für ein Online-Bewerbungs-Tool erst kürzlich abbrechen müssen, da es nur einen Bewerber gab, der nicht alle Voraussetzungen erfüllt habe. Ein neues Vergabeverfahren sei zurzeit nicht in Erarbeitung. Vorab müsste das abgebrochene Verfahren analysiert werden, um einem erneuten Abbruch vorzubeugen.

Die im Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angesprochene Ende-zu-Ende-Verschlüsselung würde für die meisten Bewerber eine zu hohe technische Hürde darstellen, da hier u. a. ein Austausch von Zertifikaten erfolgen müsse.

Die Ausschussmitglieder äußern ihr Unverständnis über das Vorgehen der Verwaltung und darüber, dass nicht alle beteiligten Personen wie z. B. der Datenschutzbeauftragte oder ein Vertreter des Personalbereiches anwesend seien.

Datenschutzrechtliche Hinweise könnten z. B. bereits in den Ausschreibungen erwähnt werden.

Es müsse nicht gleich ein vollständiger Prozess präsentiert werden, aber es müsse als Zwischenlösung kurzfristig eine Option eingerichtet werden, die es ermöglicht, Bewerbungsunterlagen online oder per E-Mail bei der Landeshauptstadt Potsdam einzureichen. Bei anderen Kommunen könnten Bewerbungen bereits jetzt digital eingereicht werden. Bezüglich der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung würden es Softwareempfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) geben.

Herr Krämer schlägt folgende Änderung/Ergänzung vor:

...Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Bewerbungen auf Stellen der Landeshauptstadt Potsdam ab sofort **April 2020** zusätzlich auch in digitaler Form anzunehmen. Die Stellenausschreibungen sollen entsprechend geändert werden.

...

Dem Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung ist in Juni 2020 über die Durchführung Bericht zu erstatten.

Abstimmung:
einstimmig angenommen.

Anschließend wird der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung gestellt.

Nach dem letzten Satz im Beschlusstext ist folgender Satz einzufügen:
Für die Bewerbung per E-Mail ist eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung anzubieten.

Abstimmung:
einstimmig angenommen.

Im Anschluss daran wird die so geänderte Vorlage zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Bewerbungen auf Stellen der Landeshauptstadt Potsdam ab sofort **April 2020** zusätzlich auch in digitaler Form anzunehmen. Die Stellenausschreibungen sollen entsprechend geändert werden.

Bewerberinnen und Bewerbern muss es zusätzlich zum Postweg ermöglicht werden, ihre Bewerbungsunterlagen vollständig entweder via E-Mail oder durch eine dafür vorgesehene digitale Plattform zu übermitteln.

Für die Bewerbung per E-Mail ist eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung anzubieten.

Dem Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung ist dazu im Juni 2020 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4.2 **Veröffentlichung von Unterlagen aus Bauplanungs- und Beteiligungsverfahren**
Vorlage: 20/SVV/0008
Fraktion DIE aNDERE

Frau Laabs bringt den Antrag ein. Immer wieder wären Unterlagen die ursprünglich im Rahmen von Beteiligungsverfahren veröffentlicht wurden im Nachhinein nicht mehr zu finden. Dadurch würden Entscheidungsprozesse intransparenter und es lasse sich nicht mehr nachvollziehen, ob ein fertiges Projekt von den ursprünglich veröffentlichten Unterlagen abweiche. Nach einer kurzen Diskussion über den Ort bzw. die Plattform der dauerhaften Veröffentlichung der Unterlagen schlägt Frau Schäffer folgende Änderungen vor:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, künftig alle Unterlagen **der Landeshauptstadt Potsdam**, die im Rahmen von Bauplanungs- und anderen Beteiligungsverfahren auf der Homepage der Landeshauptstadt Potsdam **digital** veröffentlicht wurden, dauerhaft dort **digital** bereitzustellen.*

*Die Stadtverordneten sind im März **Mai** 2020 über die Umsetzung des Beschlusses zu unterrichten.*

Abstimmung:
Die o.g. Änderungen werden mit Stimmenmehrheit angenommen, bei einer Gegenstimme.

Im Anschluss wird die so geänderte Gesamtvorlage zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, künftig alle Unterlagen **der Landeshauptstadt Potsdam**, die im Rahmen von Bauplanungs- und anderen Beteiligungsverfahren auf der Homepage der Landeshauptstadt Potsdam **digital** veröffentlicht wurden, dauerhaft dort **digital** bereitzustellen.

Die Stadtverordneten sind im März **Mai** 2020 über die Umsetzung des Beschlusses zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen, bei einer Gegenstimme.

zu 4.3 Selbstbindungsbeschluss Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) Soziale Stadt "Schlaatz_2030: Part 1: 2020-2025"

Vorlage: 19/SVV/1355

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
GSWI, SBWL, PTD

Frau Schäffer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt anschließend das Wort an Herrn Schwarz vom Bereich Stadterneuerung.

Dieser stellt anhand einer, der Niederschrift beigefügten, Präsentation das integrierte Entwicklungskonzept soziale Stadt am Schlaatz – Schlaatz_2030 vor. Hierbei geht er u. a. auf die Einwohnerzusammensetzung, die Herausforderungen bei der Umsetzung des Konzeptes sowie die Vernetzung der Akteure ein.

Ziel sei die sozialverträgliche und klimaneutrale Weiterentwicklung des Schlaatz zu einem vielfältigen Stadtteil in dem Schlaatzer und Schlaatzerinnen nicht bleiben müssen, sondern wollen, und in den andere Potsdamer gerne kommen.

Da Partizipation bei der Umsetzung eine besondere Rolle spiele, wolle man dieses Thema als besonderen Schwerpunkt hervorheben und u. a. ein Partizipationskonzept erstellen und eine Partizipationsstelle einrichten. Herr Schwarz bietet an, dass Partitionskonzept nach Fertigstellung im Ausschuss vorzustellen.

Um ein möglichst breites Publikum zu erreichen, würden verschiedene Einrichtungen (z. B.: Bürgerhaus, Familienzentrum usw.) in die Umsetzung involviert werden. Bei den bisher durchgeführten Prozessen waren jeweils Bürgervertreter beteiligt.

Der Selbstbindungsbeschluss der Stadtverordnetenversammlung diene der Sicherung der notwendigen Fördermittel (Bund-Länder Programm Soziale Stadt). Die finanziellen Mittel würden zu je 1/3 auf Bund, Land und Kommune aufgeteilt werden. Eine Bestätigung des Landes würde bereits vorliegen. Die Förderung sei ein auf mehrere Jahre ausgelegter Prozess, bei dem jährlich nach Vorlage von entsprechenden Konzepten Fördermittel ausgeschüttet würden.

Frau Schäffer bittet Herrn Schwarz darum, dass Partizipationskonzept in der Mai-Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung vorzustellen. Im Anschluss wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) Soziale Stadt „Schlaatz_2030: Part 1: 2020-2025“ wird der Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ in der Förderkulisse Am Schlaatz zugrunde gelegt.

Auf veränderte Rahmenbedingungen und Handlungserfordernisse ist durch Anpassung des vorliegenden Entwicklungskonzeptes zu reagieren. Eine Fortschreibung ist für 2026-2030 vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Stimmenthaltung

zu 5 Aufgabe des ins Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche entsendeten Mitglieds der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 19/SVV/1166

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Die Ausschussvorsitzende, Frau Schäffer, erklärt, dass der Oberbürgermeister in der morgigen Hauptausschusssitzung einen neuen Vorschlag unterbreiten bzw. ein neues Konzept vorstellen werde, mit dem sich der Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung dann separat befassen solle. Die vorliegende Drucksache sei damit obsolet.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage im Anschluss zur Kenntnis.

zu 6 Verständigung zur Klausurtagung

Frau Schäffer eröffnet den Tagesordnungspunkt und schlägt folgenden Termin für die Klausurtagung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung (PTD) vor:

- Termin: 10.03.2020 (Termin der kommenden PTD-Sitzung im März)
- Uhrzeit 15-19 Uhr
- Teilnehmer: Ausschussmitglieder und sachkundige Einwohner
- Ort: Räumlichkeit außerhalb des Rathauses
- externe Moderation
- Vorschlag Tagesordnung:
 - 15:00 Uhr – 15:15 Uhr - Begrüßung / Ablauf
 - 15:15 Uhr – 16:00 Uhr - Selbstverständnis des Ausschusses
 - 16:00 Uhr – 16:30 Uhr - Pause
 - 16:30 Uhr – 18:00 Uhr - Umgang mit Eingaben und Beschwerden – Verfahrensklä rung
 - 18:00 Uhr – 19:00 Uhr - Verständigung zur Ausschusszuständigkeit gemäß Ausschusszuständigkeitsordnung

Im Verlauf der sich anschließenden Beratung einigen sich die Ausschussmitglieder darauf, die Tagesordnungspunkte „Selbstverständnis des Ausschusses“ und „Verständigung zur Ausschusszuständigkeit gemäß Ausschusszuständigkeitsordnung“ zusammen behandeln zu wollen.

Ebenso sollen Vertreter der Verwaltung (z. B. Fachbereichsleitende o. ä.) als fachliche Unterstützung zur Klausurtagung miteingeladen werden.

zu 7 Sonstiges

Frau Schäffer führt in den Tagesordnungspunkt ein und informiert zur schriftlich eingegangenen Anfrage von Herrn Menzel bezüglich der Einwohnerversammlung in Groß Glienicke und übergibt ihm anschließend das Wort.

Er führt aus, dass er als einer der Initiatoren über die Terminverschiebung der Einwohnerversammlung auf den 08.03.2020 von der Stadtverwaltung informiert wurde, es hätte jedoch keine öffentliche Information dazu gegeben. Dieses Vorgehen in der Kommunikation sei nicht bürgernah. Er bittet die Ausschussmitglieder darum, sich für eine verbindliche Umsetzung der Einwohnerversammlung einzusetzen.

Herr Jetschmanegg, der Dezernent für Zentrale Verwaltung, spricht sich ebenfalls für klare, verbindliche Kommunikation aus, kann jedoch inhaltlich keine weiteren Informationen geben, da die Einwohnerversammlung in das Ressort des Geschäftsbereiches für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt falle. Frau Schäffer bittet die Verwaltung darum, in der kommenden Sitzung des Ausschusses eine Stellungnahme zum Verfahren bei Einwohnerversammlungen, speziell auch bei Terminverschiebungen, zu erhalten.

Herr Jetschmanegg erinnert daran, dass die Stadtverordnetenversammlung noch 2 Vertreter in den Beteiligungsrat entsenden müsse. Hierbei wäre es aufgrund der inhaltlichen Schnittmenge sinnvoll, wenn diese ebenfalls Mitglieder im Ausschuss für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung wären. Frau Schäffer erklärt daraufhin, dass für die kommende Stadtverordnetenversammlung ein entsprechender Antrag in Vorbereitung sei.

zu 8 Bericht über den IT-Sicherheitsvorfall

Frau Schäffer eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet um die Darstellung der Ereignisse des Hackerangriffs auf die Stadtverwaltung.

Herr Morgenstern-Jehia, der Fachbereichsleiter E-Government, erhält das Wort und schildert den zeitlichen Ablauf:

15.01.2020:

Die Stadtverwaltung hat Informationen über die Schwachstelle erhalten, diese ausgewertet und als Resultat das betroffene System, den Citrix NetScaler, heruntergefahren.

21.01.2020:

Erstanalyse in Zusammenarbeit mit einer extern hinzugezogenen Firma, in dessen Folge ein unerlaubter Zugriff festgestellt wurde.

22.01.2020:

Es wurde eine externe IT-Sicherheitsberatung hinzugezogen und die vorliegende Situation bewertet. Im Ergebnis wurden die Zugänge getrennt und die einzelnen Verwaltungsbereiche über die Abschaltung informiert. Ebenfalls wurde eine Pressekonferenz zur Information der Öffentlichkeit einberufen.

23.01.2020 ff:

In Zusammenarbeit mit dem HPI und weiteren Externen wurden tiefgreifende forensische Analysen durchgeführt, die Arbeitsfähigkeit der Stadtverwaltung wiederhergestellt und Härtingsmaßnahmen an den IT-Systemen vorgenommen.

Darüber hinaus wurde ein Verwaltungsstab unter der Leitung von Herrn Jetschmanegg, dem Geschäftsbereichsleiter für Zentrale Verwaltung, eingerichtet, in dem Herr Morgenstern-Jehia, der Fachbereichsleiter E-Government, sowie Vertreter aus allen Geschäftsbereichen mitwirken.

Der Verwaltungsstab dient als Entscheidungs-, Beratungs- und Kommunikationsinstanz mit dem Ziel die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung sicherstellen.